

ANGELA ISPHORDING

# MIGRATION, ENTWICKLUNG UND MENSCHENRECHTE

*In der zweiten Oktoberwoche fand das Weltsozialmigrationforum in Ecuadors Hauptstadt Quito statt. Dort diskutierten MigrantInnenorganisationen ihre Forderungen und bereiteten das Globale Migrationsforum der Vereinten Nationen vor, das Anfang November in Mexiko tagt. Während in Quito das Recht auf Migration gefordert wurde, wollen die Staaten Migration vor allem regulieren und verhindern. Die Basisorganisationen kritisieren besonders die Rolle des Gastgeberlandes Mexiko. Dort spielt sich aktuell ein Drama ab: MigrantInnen sind mittlerweile ein genauso lukratives Geschäft wie der Drogenhandel und der Staat ist darin verwickelt. Dies ordnet sich nach Ansicht von Experten in einen weltweiten Trend ein, wonach Migration nach den Bedürfnissen des Weltmarkts gesteuert wird. MigrantInnenorganisationen fordern daher in Abgrenzung zum herrschenden Wirtschaftsmodell, das auf der Ausbeutung von Ressourcen und Menschen beruht, ein neues globales Entwicklungsmodell. Dazu gehört auch das Recht auf Nicht-Migration – ein Konzept, das bei MigrantInnenorganisationen in Europa oder den USA häufig auf Unverständnis stößt.*

Mit der Forderung «Für eine Welt der Rechte für alle Menschen, überall und immer» endete am 12. Oktober diesen Jahres die vierte Ausgabe des Weltsozialmigrationsforums in Quito, Ecuador. Etwa 3.000 MigrantInnen und AktivistInnen aus 90 Ländern der Welt hatten fünf Tage lang in Workshops und Konferenzen diskutiert. Im Vordergrund standen zum einen der Schutz der Rechte von MigrantInnen, darunter das Recht auf Migration, und auf der anderen Seite die Forderung an die Regierungen dieser Welt, sich dem Problem zu stellen und Alternativen in den Herkunfts- und in den Aufnahmeländern anzubieten. Das Forum wurde von internationalen Netzwerken und MigrantInnenorganisationen ausgerichtet, die sich den Rechten von MigrantInnen und dem Recht auf Migration verschrieben haben.

Eine etwas andere Veranstaltung wird vom 8. bis zum 11. November in Puerto Vallarta, Mexiko stattfinden: das Global Forum on Migration and Development (GFMD). Zum vierten Mal treffen sich Mitgliedsstaaten der UNO, um über Migrationsfragen zu diskutieren. Unter dem Motto «Partnerschaft

für Migration und menschliche Entwicklung -gemeinsamer Wohlstand, gemeinsame Verantwortung» wird die Diskussion des letzten Jahres über den Nutzen und die Nutzung von Migration weitergeführt. Während in Quito das Recht auf Migration im Vordergrund stand, wird in Puerto Vallarta diskutiert, wie man die Spreu vom Weizen trennen kann. Menschen, die das kapitalistische System in den Aufnahmeländern braucht bekommen Arbeitsvisa. Die man für nützlich erachtet, werden bei der Integration unterstützt. Die unerwünschten MigrantInnen sollen durch die Festigung der Grenzen draußen gehalten werden. Viele MigrantInnenorganisationen verurteilen das GFMD und sprechen dazu dem mexikanischen Staat das Recht ab, eine Prestige-Veranstaltung zu dem Thema zu organisieren.

Stattdessen rufen sie zum ersten «Internationalen Tribunal des Gewissens» auf. Diese Initiative wird von der «Internationalen Lelio Basso Stiftung für die Rechte der Völker», sowie einer Reihe von Persönlichkeiten wie Noam Chomsky, Mumia Abu Jamal und Leonard Peltier unterstützt. Die erste Sitzung fand während des Weltmigrationsforums in Quito statt; das Tribunal wird vom 4. bis zum 9. November in Mexiko-Stadt durchgeführt werden. Die (nicht rechtlich bindenden) Urteile werden den in Puerto Vallarta tagenden Regierungen durch eine eigens dafür organisierte Karawane überreicht werden.

## IM SPANNUNGSFELD VON NATIONALEN INTERESSEN UND DER MAFIA

Die Migration der verarmten Bevölkerungen in die industriellen Machtzentren dieser Welt setzt expansionistische, merkantilistische und kolonialistische Politiken vorangegangener Jahrhunderte fort. Eine Auseinandersetzung mit den der Migration zugrundeliegenden ökonomischen und sozialen Problemen stellt für keinen der Nationalstaaten eine Priorität dar. Hinzu kommt, dass die von den Zentren der Macht (vor allen Dingen USA und Europa) auferlegte und dominierende Politik mehr Kontrolle zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit fordert. Dies führt zu stärkeren Grenzkontrollen, der Kriminalisierung der sich in Bewegung befindenden Bevölkerung in der Region und der Negierung ihrer Menschenrechte.

Mesoamerika<sup>1</sup> erlebt gegenwärtig eine der im weltweiten Vergleich dynamischsten und schwierigsten Situation von interner und externer Migration. Das Drama manifestiert sich in Mexiko: Die mexikanische Menschenrechtskommission CNDH schätzt die Zahl der Transit-Migration auf über eine halbe Millionen Menschen pro Jahr. Sie zahlen dafür zwischen 4.000 und 15.000 US-Dollar – informellen Schätzungen zufolge ist der Menschenhandel für das organisierte Verbrechen mittlerweile fast so lukrativ wie der Handel mit Drogen. Etwa drei Milliarden US-Dollar teilen sich die Kartelle mit korrupten Polizisten auf beiden Seiten der Grenzen. Das Augenmerk der mexikanischen Regierung ist nach Norden gerichtet – dort, wo an der Grenze zu den USA über 750 Menschen im Jahr den Tod finden – viele von ihnen MexikanerInnen. Dagegen ist sie im Hinblick auf die Südgrenze zu Guatemala und Belize blind. Dabei finden gerade hier die meisten Menschen den Tod. In diesem indigen und ländlich geprägten Territorium wo das organisierte Verbrechen Hand in Hand mit den staatlichen Institutionen arbeitet; hier wo die Hoffnung auf ein besseres Leben in Vergewaltigung, Verschleppung oder dem Tod endet. Die Grenze ist keine geographische Trennlinie zwischen vier Ländern, sondern vielmehr ein Repressionsapparat, der ganz Mexiko mit Verwahranstalten und Migrationskontrollen überzieht. Die Finanzierung der Grenzwachter wird unter anderem aus Geldern des Plan Mérida bestritten – unter dem Schutzmantel der Terrorismusbekämpfung verschoben hier die USA klammheimlich ihre Grenze nach Süden.

«Ich klage den mexikanischen Staat an, die Entführung Zehntausender MigrantInnen auf mexikanischem Territorium zu ignorieren» sagte der katholische Priester Luis Angel Nieto auf einer Pressekonferenz in Mexiko-Stadt<sup>2</sup>. Damit bezog er sich auf die Aussage der mexikanischen Menschenrechtskommission CNDH, womach im Jahr etwa 20.000 MigrantInnen in Mexiko entführt werden und das organisierte Verbrechen damit etwa 50 Millionen Dollar Gewinn mache. Im vergangenen Jahr publizierte die Kommission eine Studie mit dem Namen «Willkommen in der Hölle der Entführungen», in dem auf der Grundlage von Interviews mit Betroffenen die Mechanismen des «Business» dargelegt wurden: Die MigrantInnen werden aufgegriffen, an einen abgelegenen Ort gebracht und dort solange gefoltert und vergewaltigt bis ihre Familienangehörigen in den USA die verlangte Summe beglichen haben. Wer nicht zahlt wird umgebracht. Der Bericht legt auch die Verquickung zwischen dem organisierten Verbrechen und den staatlichen Organen Mexikos offen. Auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 25. August 2009 gab Mauricio Farah Gebara, der Verantwortliche für diese Studie, resigniert zu Protokoll, dass die Staatsanwaltschaft bis zu diesem Zeitpunkt keinem der Hinweise nachhaltig nachgegangen sei. Seit der erschütternden Nachricht vom Tod der 72 MigrantInnen im nordmexikanischen San Fernando, Tamaulipas im August diesen Jahres erreichte das Thema auch die internationale Berichterstattung. Die US-amerikanische Tageszeitung «New York Times» ließ sich zu dem Kommentar hinreißen, dass die USA den Drogenbaronen nicht nur die Versorgung der amerikanischen Bevölkerung mit Drogen überließe, sondern auch ihren Bedarf an MigrantInnen reguliere.<sup>3</sup> Auch im Fall der 72 Toten von San Fernando, Tamaulipas ist bislang wenig geschehen. Der UNO-Sonderberichterstatter für Migration Jorge Bustamante machte in einem Interview Ende August «Mitglieder der

Polizei auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene» für die Verbrechen verantwortlich und erachtete ein Eingreifen von UNO und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) für notwendig, «damit die mexikanische Regierung der Sache nachgeht». Seiner Meinung nach nähert sich Mexiko immer mehr «dem Bild eines failed states an».<sup>4</sup>

## DAS RECHT AUF VERWURZELUNG

Angesichts dieser Situation hat Mexiko nach Aussage von Camilo Pérez Bustillo, Professor für Menschenrechte an der Universität von Mexiko-Stadt (UACM) «weder die nötige moralische noch die politische Legitimation, um als Gastgeber des Global Forum on Migration and Development aufzutreten». Pérez Bustillo ist Mitglied des internationalen Netzwerks von MigrantInnen, Flüchtlingen und Vertriebenen Miredes, das die Federführung für das Tribunal übernommen hat. Nach Ansicht der Veranstalter unterstützen Initiativen wie das GMDF die herrschende Tendenz der Migrationspolitiken, die hegemonialen Interessen des Weltwirtschaftssystems zu stützen und die Migrationsbewegungen entsprechend dessen Bedürfnissen zu steuern. Das herrschende Entwicklungsmodell basiere auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen. Um die richtigen Arbeitskräfte am richtigen Ort zur richtigen Zeit und zu den richtigen Kosten zu gewährleisten, würden Mauern gebaut, Grenzen verschoben, ganze Territorien militarisiert und MigrantInnen kriminalisiert. Demgegenüber fordern die OrganisatorInnen des Tribunals das Recht zu migrieren, das Recht nicht zu migrieren und die Gewährleistung staatsbürgerlicher Rechte am Wohnort, unabhängig von Herkunft, Rasse, Geschlecht, Religion oder Nationalität.

Vor allen Dingen die Forderung, auf das Recht NICHT zu migrieren, stößt bei MigrantInnenorganisationen in Europa und den USA oft auf Unverständnis.<sup>5</sup> Dahinter steht die Forderung meist indigener und bäuerlicher Gemeinden auf eine nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung ihrer Territorien, damit sie dort ein menschenwürdiges Leben in Harmonie mit ihrer Kultur und Umwelt führen können. In der Deklaration des Migrationsforums in Quito klingt das folgendermaßen: «Wir verteidigen das Recht auf «Verwurzelung» (arraigo), als Ausdruck der Gewährleistung unserer ökonomischen, sozialen und Umweltrechte, auf Bewegungsfreiheit und Rückkehr, das Recht zu migrieren, nicht zu migrieren und das Recht nicht vertrieben zu werden.» In ihrer Forderung, nicht zu migrieren, werden viele Gemeinden mit den TeilnehmerInnen des GMDF und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) übereinstimmen. Der Dissens liegt eher in der Art der lokalen Entwicklung. Ein neuer Trend in der Entwicklungszusammenarbeit ist die Förderung produktiver und Infrastrukturprojekte in den Heimatgemeinden durch Gelder, die sich aus Spenden der Herkunftslandregierung, der Aufnahmelandregierung und den Rücküberweisung (remesas) der Familienangehörigen zusammensetzen.<sup>6</sup> Dieses Modell wird von vielen MigrantInnenorganisationen abgelehnt, da ihrer Meinung auf diese Weise die Betroffenen für Aufgaben zur Kasse gebeten werden, die Verantwortung des Staates sind.

<sup>1</sup> Mexiko und Zentralamerika. <sup>2</sup> 6.10.10 bei der mexikanischen Menschenrechtsorganisation Serapaz. <sup>3</sup> <http://www.nytimes.com/2010/08/30/opinion/30mon3.html>. <sup>4</sup> AFP 30.8.2010. <sup>5</sup> Diese Diskussion wurde ausführlich während einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Migration und Bürgerrechte im vergangenen Oktober in Mexiko-Stadt geführt. <sup>6</sup> In diesem Fall «3 für 1» genannt. Es gibt auch schon ein «4 für 1»-Modell in dem Western Union beteiligt ist.

## DAS POTENTIAL VON MIGRATION

Gerade bei den indigenen Gemeinden sind die Folgen der Migration deutlich spürbar: neben den viel diskutierten negativen Auswirkungen, gibt es durchaus auch positive Elemente. Diese liegen vor allen Dingen in der «Transmigration». Das bezeichnet die Tatsache, dass ein reger Austausch zwischen der Herkunftsgemeinde in Mexiko und ihrer MigrantInnen-gemeinde in den USA besteht. Im Falle der Vereinigung indigener binationaler Organisationen (FIOB), einem Partner der RLS, wurde in indigenen Gemeinden in Oaxaca beschlossen, die traditionellen Ämter auf die Dauer von ein Jahr zu kürzen, damit die KandidatInnen für diese Zeit aus den USA anreisen können. So profitiert die Herkunftsgemeinde vom Know-How der MigrantInnen. Auf der anderen Seite funktionieren manche traditionelle indigene Strukturen, wie zum Beispiel die Gemeinschaftsarbeit «Tequio» auch in den USA.

Auch die in Quito versammelten Organisationen sehen das Potential dieser binationalen Gemeinden, vor allen Dingen in der Durchsetzung eines neuen, nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklungsmodells: «Aufgrund ihrer Erfahrungen in lokaler Entwicklung und der Umsetzung zahlreicher politischer Initiativen eignen sich die binationalen MigrantInnenorganisationen hervorragend als politische Partner in der Sozial- und Entwicklungspolitik.»

Bislang wird dieses Potential jedoch eher von rechten Organisationen wie der Internationalen Organisation für Migration IOM, privaten Stiftungen wie der spanisch-mexikanischen Bank BBVA Bancomer oder Entwicklungshilfe-NGOs wie Oxfam gesehen und in Form von «Entwicklungsprojekten» genutzt, um Migration im Interesse der Aufnahmeländer zu verhindern. Die linken Kräfte in allen Ländern Mesoamerikas haben keine klare Position zum Thema Migration. Mög-

licherweise liegt dies daran, dass ihre Politiken an die Logik des Nationalstaats gekoppelt sind. Die MigrantInnen stellen keinen traditionellen WählerInnenkreis dar, sondern bilden eher transnationale Staatsbürgerschaften aus, meist ohne die Möglichkeit zur Wahlbeteiligung in ihren Herkunftsländern. Auch in Europa und den USA gibt es oft ein Spannungsfeld zwischen den Gewerkschaften und MigrantInnenorganisationen, da diese ob ihrer billigen Arbeitskraft oft als Konkurrenz wahrgenommen werden. So kommt es vor, dass UnternehmerInnenverbände in den USA Arbeitsvisa für MigrantInnen fordern, während linke Gewerkschaften sich dagegenstellen. In der Abschlussdeklaration von Quito heißt es: «Wir verpflichten uns dem kollektiven Aufbau eines neuen zivilisatorischen Modells, das das Leben bejaht, die Harmonie zwischen Mensch und Natur fördert und die Reproduktion und Nachhaltigkeit der Mutter Erde für die folgenden Jahrtausende garantiert». Genau hier liegen die Herausforderungen für die Linke: die Transformation des Nationalstaates, die Gewährleistung der ökonomischen politischen, sozialen, kulturellen und Umweltrechte, sowie die Konstruktion eines nachhaltigen Entwicklungsmodells.

Angela Isphording, Leiterin des RLS-Regionalbüros in Mexiko-Stadt

## WEITERE INFORMATIONEN:

<http://www.fsmm2010.ec/>

<http://tribunalmigrante.saltoscuanticos.org/>

<http://www.gfmd2010mexico.org/>

<http://www.gfmd.org/mexico-2010/>

---

Abonnieren Sie unseren **E-Mail-Newsletter** mit Berichten aus Lateinamerika unter folgendem Link:

<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>

Oder senden Sie eine E-Mail an [gabbert@rosalux.de](mailto:gabbert@rosalux.de) mit dem Stichwort: «Newsletter-Abo».

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127  
Fax -122 · [m.schuetrumpf@rosalux.de](mailto:m.schuetrumpf@rosalux.de) · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

## STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2010

01/2010

MIRIAM LANG:

Präsident will doch Öl im Regenwald fördern Ecuador: Indigene und Gewerkschaften planen Widerstandsaktionen

02/2010

TORGE LÖDING:

Costa Rica: Duell der Rechten oder linke Überraschung?

03/2010

GREGORY WILPERT:

Venezuela steht im Wahljahr 2010 vor großen Herausforderungen

04/2010

RAUL ZELIK:

Kolumbien: Rechte sitzen im Wahljahr fest im Sattel

05/2010

TADZIO MÜLLER:

Der Klimagipfel in Bolivien: Auftrieb für die globale Klimabewegung

06/2010

FIROZE MANJI:

Independence, nation-state and development: nature and consequences of colonisation and decolonisation

07/2010

ALEXANDER LEWTSCHENKO:

Die ukrainische Linke und die ukrainisch-russischen Beziehungen

09/2010

CLAUS-DIETER KÖNIG:

Auf stürmischer See mit dem Hut unterwegs: Goodluck Jonathan übernimmt das Ruder in Nigeria

10/2010

CLAUS-DIETER KÖNIG:

Westafrika: «Wann werden die Schönen geboren?»

ANGELIKA TIMM:

Über Verhältnismäßigkeit und Grenzen militärischen Gewalteinsatzes

11/2010

FIROZE MANJI:

Independence, nation-state and development: nature and consequences of colonisation and decolonisation

12/2010

KATHRIN BUHL:

Ausnahmestand in Paraguay

13/2010

ELISABETH GAUTHIER:

Das politische Spektrum zwischen Dekomposition und Rekomposition

14/2010

BORIS KANZLEITER:

Kosovo: Optionen und Gefahren

15/2010

WERNER RUF:

Von der Nakba nach Gaza

16/2010

MARCUS HAWEL:

Hegemonialismus

17/2010

KURT PÄTZOLD:

«Wenn drunten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen ...»

18/2010

PETER ULLRICH:

Antisemitismus, Shoah und «deutsche Verantwortung»

19/2010

ANGELIKA TIMM:

Israel – Demokratie im Fadenkreuz

20/2010

KATHRIN BUHL:

Gute Aussichten für Regierungskandidatin

21/2010

HENNING SÜSSNER:

Schweden: Der Weg in die europäische Normalität eine kalte Dusche für Rotgrün

22/2010

GREGORY WILPERT:

Comeback der Opposition

23/2010

MIRIAM LANG:

Ecuador nach dem Putschversuch

24/2010

PETER SCHÄFER:

Zwei ... Eins ... Null – Staatenlösung

25/2010

KATHRIN BUHL:

Chile: Die Rettungsaktion der «33 Helden»